

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

EntschlieÙung zu den Ergebnissen der Tagung des Europäischen Rates in Mailand

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

- in Kenntnis der Schlußfolgerungen des Europäischen Rates in Mailand vom 28./29. Juni 1985,
 - in Kenntnis der Abschlusserklärung des Präsidenten des Europäischen Rates, Ministerpräsident Craxi,
 - unter Hinweis auf seine EntschlieÙung vom 9. Juli 1985 zur Regierungskonferenz —
1. erkennt an, daß der Europäische Rat sich darum bemüht hat, die entstandenen Hindernisse bei der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu überwinden und den unerläßlichen Konsens zu erreichen, der zur Verwirklichung der politischen Ziele erforderlich ist;
 2. bedauert, daß der Rat angesichts einer weiter wachsenden Zahl von Arbeitslosen in Europa nicht zu konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gekommen ist;
 3. betrachtet den Kampf um Arbeit nach wie vor als vorrangigste Priorität, um für Millionen von Arbeitslosen in Europa und insbesondere für jugendliche Arbeitslose eine Zukunftsperspektive zu schaffen;
 4. ist der Auffassung, daß der Rat angesichts der internationalen Geldmärkte und vor allem angesichts des Dollars eine kohärente Währungspolitik schneller vorantreiben sollte, z.B. durch den vermehrten Einsatz des ECU im privaten Geldverkehr, verbunden mit einer gleichzeitigen besseren Abstimmung der Kontrollregeln des Kapitalmarktes und durch einen erweiterten Gebrauch des offiziellen ECU;
 5. betont in diesem Zusammenhang, daß schnellstmöglich die Verwendung des ECU sowohl beim internationalen Handel als auch bei Geldgeschäften ausgedehnt werden sollte;

*Zugeleitet mit Schreiben des Generalsekretärs des Europäischen Parlaments – 85 22046 – vom 24. Juli 1985.
Das Europäische Parlament hat die EntschlieÙung auf seiner Sitzung am 10. Juli 1985 angenommen.*

6. regt dazu öffentliche Investitionsprogramme im Bereich der Energie, Verkehrs- und Kommunikationspolitik, für städtebauliche Erneuerungen für den Umweltschutz, für die regionale Infrastruktur und für neue Technologien an;
7. betont erneut die Bedeutung der auf seinen Plenartagungen im April und im Juni 1985 angenommenen Vorschläge zu der Notwendigkeit, durch geeignete Maßnahmen der dramatischen Arbeitslosigkeit, und insbesondere der Jugendlichen, zu begegnen, namentlich durch die Annahme eines „europäischen Mehrjahresplans zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung“, der in seinen Grundzügen vom Rat der Sozialminister am 13. Juni 1985 in Luxemburg übernommen wurde und der als Bestandteil des „Europäischen Sozialraumes“ zu sehen ist, der notwendigerweise mit der Schaffung eines großen gemeinschaftlichen Binnenmarktes einhergehen muß;
8. bestätigt die gegenüber der Kommission und dem Rat mehrfach geäußerte Vorstellung, daß unter den Maßnahmen zur Finanzierung eines solchen „Mehrjahresplans zur Förderung der Beschäftigung“ auch eine möglichst umfassende Inanspruchnahme der zusätzlichen Finanzierungsmöglichkeiten in ECU ins Auge zu fassen ist, sei es durch Gemeinschaftsanleihen, sei es durch Mittel aus dem Gemeinschaftshaushalt, die für eine erhebliche Aufstockung des europäischen Sozialfonds vorgesehen sind;
9. ersucht die Kommission, spezielle Vorschläge für die Schaffung eines europäischen Sozialraums im Zusammenhang mit der Vorlage der Vorschläge für die Definition des europäischen Binnenmarktes zu unterbreiten, um u. a. der großen Besorgnis der Randregionen der Gemeinschaft und der Gebiete mit besonders hoher Arbeitslosigkeit, nach der völligen Liberalisierung des Binnenmarktes Opfer einer Investitionskapitalflucht zu werden, konkret zu begegnen;
10. begrüßt, daß der Rat zur Aufrechterhaltung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit und damit zur Erhaltung und Neuschaffung von Arbeitsplätzen gemeinsame Initiativen auf europäischer Ebene im Bereich der Technologiepolitik beschlossen hat;
11. legt großen Wert auf die Feststellung, daß das EUREKA-Projekt unter Mitwirkung des Europäischen Parlaments entwickelt werden muß;
12. begrüßt die Entscheidung des Rates zum Hunger in Afrika und unterstreicht, daß der Kampf gegen den Hunger in der Welt verstärkte Anstrengungen verlangt, nicht nur auf der Ebene der humanitären Hilfe, sondern vor allem auf der Ebene der Entwicklungszusammenarbeit, um diesen an einem strukturellen Nahrungsmittelmangel leidenden Ländern dabei zu helfen, die Bedingungen für eine Selbstversorgung wiederherzustellen;

13. begrüßt ausdrücklich die Entscheidung des Rates zur Stärkung der Beziehungen EG–Mittelamerika zur Unterstützung der Contadora-Gruppe und die Abhaltung einer Außenministerkonferenz im November in Fortsetzung der Konferenz von San José/Costa Rica;
14. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschlieung den Regierungen und Parlamenten der zwölf Staaten, die an der Konferenz teilnehmen werden, dem Rat und der Kommission zu übermitteln.

